

Absender:

Fraktion BIBS im Rat der Stadt

23-21885

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Seenotrettung: Sachstand Braunschweig - ein Sicherer Hafen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

15.08.2023

Beratungsfolge:

Ausschuss für Vielfalt und Integration (zur Beantwortung)

Status

01.09.2023

Ö

Sachverhalt:

"Der Asylkompromiss, auf den sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union [...] geeinigt haben, ist der Versuch, die gesamte Migration zu irregulärnisieren und zu illegalisieren. [...] Die EU-Anstrengungen haben das Ziel, dem Asylrecht die Rechtsqualität und dem Flüchtling den Schutz in Europa zu nehmen. Fast alles, was in Brüssel unter der Überschrift "Reform" der Flüchtlingspolitik betrieben wird, dient nicht der Verbesserung, sondern der Verschlechterung des gegenwärtigen Zustands [...]. Verbessert, nämlich verschärft, wird allein das Prinzip Abschreckung. Zu den geplanten Abschreckungsmaßnahmen gehören Hotspots an allen Außengrenzen, also Freiluftgefängnisse, wie man sie von den griechischen Inseln wie Kos oder Lesbos kennt. Zu den Abschreckungsmaßnahmen gehört die Ausweitung von Inhaftierung und Isolation. Zu den Abschreckungsmaßnahmen gehört die Kriminalisierung der Seenotrettung. [...] Europa muss legale Wege für Migration öffnen und befestigen - und damit klar machen, dass es nicht einfach darum geht, die Flüchtlingszahlen niederzuknüppeln, sondern darum, Schutz und Hilfe auf einen guten Weg zu bringen. Das wünsche ich mir. Das Elend der Flüchtlinge ist wirklich namenlos. Aber ihr aller Name ist Mensch, jeder Einzelfall zählt." 1

Diese Einschätzung zu dem sogenannten 'Asylkompromiss', auf den sich die EU-Mitgliedsstaaten im Juni dieses Jahres geeinigt haben, äußerte Heribert Prantl, Autor und Kolumnist der Süddeutschen Zeitung, am 22. Juni 2023.

Seit knapp 5 Jahren ist Braunschweig ein 'Sicherer Hafen' für Geflüchtete, seit 2020 hat die Stadt die Koordinierung der niedersächsischen 'Städte Sicherer Hafen' übernommen. Bereits im Januar 2022 hatte die Initiative Seebrücke Braunschweig in einem offenen Brief an die Stadtverwaltung eine Reihe von Aktivitäten und Maßnahmen vorgeschlagen, um diese begrüßenswerte Rolle der Stadt mit noch mehr Leben zu füllen. Neben der in der Ratssitzung am 14.02.2023 beschlossenen Übernahme einer Schiffspatenschaft für ein Seenotrettungsschiff und einem Spendenaufruf der Stadt zur finanziellen Unterstützung für die Rettungseinsätze des Patenschiffes machte die Seebrücke folgende weitere Vorschläge:

- die Kooperation der Stadt mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. zum Thema 'Wege ins Bleiberecht' für in Braunschweig bisher nur geduldete Menschen (nach dem Vorbild von Oldenburg und Hannover) ²
- eine Verstärkung der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit durch eine hervorgehobene Präsenz des Themas 'Sicherer Hafen' auf der städtischen Website sowie die Unterstützung und Initiierung entsprechender kultureller Angebote und Informationsveranstaltungen (wie zum Beispiel in Marburg und Potsdam)
- die Errichtung eines Mahnmals für 'die Namenlosen, die auf dem Fluchtweg umgekommen sind' als Hinweis auf die fehlgeleitete deutsche und europäische Politik und als Erinnerung an die durch diese Politik auf den Fluchtwegen umgekommenen Menschen (nach dem

Vorbild Bremen)

- die Illumination öffentlicher Gebäude und Plätze oder andere sichtbare Zeichen setzen - z.B. im Rahmen von entsprechenden Seebrücke Aktionstagen (wie zum Beispiel in München) 3

Die Verwaltung hatte in ihrer Antwort auf eine Anfrage der BIBS-Fraktion (Ds. 23-20638-01) aus dem Februar 2023 eine interne Prüfung dieser Vorschläge angekündigt. Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche der von der Seebrücke genannten Aktivitäten und Maßnahmen zur Unterstützung der Seenotrettung möchte die Stadt umsetzen?
2. Welchen Zeitrahmen strebt die Verwaltung für die Umsetzung an?
3. Welche weiteren Aktivitäten hat die Stadt Braunschweig in ihrer Funktion als Sicherer Hafen und Koordinierende Stelle der Bündnisstädte Niedersachsens seit Februar diesen Jahres unternommen?

Wir bitten um einen Sachstandsbericht.

1 <https://www.ndr.de/nachrichten/info/sendungen/kommentare/Kommentar-zum-EU-Asylkompromiss-Ein-namenloses-Elend,asyl332.html>

2 <https://www.hannover.de/Service/Presse-Medien/Landeshauptstadt-Hannover/Aktuelle-Meldungen-und-Veranstaltungen/Landeshauptstadt-und-Fi%C3%BCcblingsrat-Niedersachsen-vertiefen-Kooperation-bei-Bleiberechten-%C3%BCCr-Gef%C3%BCchtete>

3 Seebrücke Braunschweig: Vorschläge für Maßnahmen, die von der Stadt Braunschweig in ihren Rollen als Sicherer Hafen und Koordinierende Stelle in Niedersachsen umgesetzt werden könnten.

Anlagen:

Vorschläge Seebrücke für Maßnahmen von Braunschweig als Sicherer Hafen

Seebrücke Braunschweig

Vorschläge für Maßnahmen, die von der Stadt Braunschweig in ihren Rollen als *Sicherer Hafen* und *Koordinierende Stelle in Niedersachsen* umgesetzt werden könnten

Vorbemerkung

Die Stadt Braunschweig ist *Sicherer Hafen* im Sinne der Potsdamer Erklärung und zudem *Koordinierende Stelle in Niedersachsen*. Außerdem zählt sie zu der *Internationalen Allianz der Sichereren Häfen* im Sinne der Erklärung von Palermo.

Auch andere Städte bzw. Landkreise in Deutschland besitzen diesen Status. Im Gegensatz zu Braunschweig sind andere Kommunen aktiv, setzen Maßnahmen um und positionieren sich in der Öffentlichkeit. Die Maßnahmen haben das Ziel die EU-Außengrenzen durchlässiger und die Fluchtwege sicherer zu machen. Einige gehen weiter und setzen sich in besonderer Weise pragmatisch für bereits in ihren Kommunen lebende Geflüchtete ein.

In Gesprächen mit der Stadtverwaltung am 22.07.2021 und 17.12.2021 sowie mit dem Oberbürgermeister am 05.01.2022 hat die Seebrücke Braunschweig mehr Engagement der Stadt für die Belange der Menschen auf der Flucht eingefordert. Anhand von Beispielen anderer Kommunen wurde dem Oberbürgermeister vorgestellt, was in Braunschweig alles möglich wäre. Es wurde verabredet ihm diese Beispiele und eigene Vorschläge der Seebrücke zu übermitteln. Wir fordern vom Oberbürgermeister, dass er sich für die humanitäre Sache einsetzt, im Rat für entsprechende Beschlüsse wirbt und die Verwaltung ermächtigt für Braunschweig passende Maßnahmen zu entwickeln und auf den Weg zu bringen.

Angesichts der Diskussion im Niedersächsischen Bündnis Sicherer Häfen, dessen Vorsitz Braunschweig inne hat, möchten wir auch noch einmal auf die Forderungen verweisen, die hinter dem Bündnis Sicherer Häfen stehen: <https://seebruecke.org/sichere-haefen/forderungen>. Insbesondere steht dort, dass die Sichereren Häfen „sich für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik einsetzen, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen.“ Die Forderung ist nicht auf bestimmte Routen oder Wege beschränkt.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen können von der Stadt allein oder auch gerne in Zusammenarbeit mit der Seebrücke Braunschweig umgesetzt werden.

Seebrücke Braunschweig, 29. Januar 2022

Nr.	Maßnahme	Beispiele anderer Sicherer Häfen	Anmerkungen der Seebrücke Braunschweig
1.	Schiffspatenschaft für ein Seenotrettungsschiff	<p><u>Stadt Mannheim</u> Der Gemeinderat der Stadt Mannheim hat am 14.12.2021 im Rahmen der Haushaltsbesprechung eine Schiffspatenschaft entschieden. Die Stadt übernimmt eine Patenschaft für das Seenotrettungsschiff SEA-EYE 4 von Sea-Eye e.V. für zwei Jahre und unterstützt die Arbeit des Vereins 2022 und 2023 mit einem jährlichen Zuschuss von 5.000 Euro.</p> <p><u>Stadt München</u> Die Stadt hat durch Beschluss des Rates im Dezember 2019 die Patenschaft für das Seenotrettungsschiff Ocean Viking von SOS Mediterranee übernommen. Bei einem Spendenauf ruf der Stadt München im Jahr 2020 haben die Münchener*innen über 100.000 Euro für die zivile Seenotrettung im Mittelmeer gespendet.</p> <p><u>Stadt Potsdam</u> Die Stadtverordnetenversammlung hat am 18.02.2021 beschlossen die Patenschaft für Missionen der zivilen Seenotrettung zu übernehmen. Zur Ausgestaltung einer solchen Patenschaft beauftragt die Stadtverordnetenversammlung den Oberbürgermeister gemeinsam mit dem Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“ zu Verhandlungen der Konditionen mit Akteuren der zivilen Seenotrettung, wie Sea – Eye.</p> <p><u>Stadt Osnabrück</u> Der Stadtrat der Stadt Osnabrück hat sich in einer Ratssitzung im Juli 2021 mehrheitlich für eine Unterstützung des Rettungsschiffes „See Eye 4“ ausgesprochen. Die Stadt spendet für zwei Jahre jeweils 5.000 Euro für das Schiff. In einer Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses am 19.01.2022 hat Oberbürgermeisterin</p>	<p>Diese Auswahl belegt, dass es möglich ist durch eine Patenschaft zumindest die moralische Unterstützung für ein Seenotrettungsschiff zu leisten.</p> <p>Die Patenschaft kann durch die Koordinierung von Spendensammlungen und durch eigene Spenden der Kommune aufgewertet werden.</p> <p>Sea Eye zum Beispiel hat der Seebrücke Braunschweig bereits mitgeteilt, dass man jederzeit gerne vorbeikomme, um Fragen zu beantworten. <u>Wenn der OB,</u></p>

Nr.	Maßnahme	Beispiele anderer Sicherer Häfen	Anmerkungen der Seebrücke Braunschweig
		<p>Pötter mitgeteilt, dass alle rechtlichen Bedenken ausgeräumt werden konnten.</p> <p><u>Landkreis Lüneburg</u> Der Landkreis veröffentlicht auf seiner Internetseite: <i>Es ist ein Zeichen für die Menschlichkeit: Mit der offiziellen Patenschaft für das Seenotrettungsschiff „Ocean Viking“ sammelt der Landkreis Lüneburg Spenden für die Seenotrettung flüchtender Menschen im Mittelmeer.</i> <i>Verdopplung der Spenden durch den Landkreis:</i> <i>Wer aktiv unterstützen möchte, kann einen beliebigen Betrag mit dem Betreff „Ocean Viking“ auf das Spendenkonto des Landkreises überweisen. Dieser reicht das Geld regelmäßig weiter an den Verein SOS Mediterranee Deutschland, der das Schiff gemeinsam mit SOS Mediterranee-Vereinen in Frankreich, Italien und der Schweiz chartert und betreibt. Dabei werden alle Spenden verdoppelt, die Kreispolitik hat dafür insgesamt bis zu 100.000 Euro bereitgestellt.</i></p>	<p><u>der Rat oder die Verwaltung</u> <u>Interesse haben würden wir den Kontakt herstellen.</u></p>
2.	Spenden	<p><u>Stadt München</u> Die Stadt München hat im Dezember 2022 einen Spendenaufruf zugunsten der Seenotrettung von SOSMedGermany veröffentlicht.</p>	
3.	Wege ins Bleiberecht	<p><u>Stadt Oldenburg/ Flüchtlingsrat Niedersachsen e. V.</u> Auszug aus Pressemitteilung der Stadt und des Flüchtlingsrates (Dezember 2021): <i>Wege ins Bleiberecht: Flüchtlingsrat und Stadt Oldenburg kooperieren</i> <i>Wie können möglichst viele Menschen mit Duldungen ein gesichertes Bleiberecht erhalten? Dieser zentralen Frage gehen zunächst für ein Jahr die beiden Projektpartner des Modellprojekts „Wege ins Bleiberecht“ gemeinsam nach, dass im Dezember seine</i></p>	<p>Die Abschottung der EU-Außengrenzen, die unsicheren Fluchtwiege und die Behinderung des Zugangs zu Asylverfahren sind ein Thema.</p>

Nr.	Maßnahme	Beispiele anderer Sicherer Häfen	Anmerkungen der Seebrücke Braunschweig
		<p>Arbeit aufgenommen hat. Dafür kooperieren der Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. und die Stadt Oldenburg miteinander, um die Lösungswege zur Senkung der Zahl der Langzeitgeduldeten effizient zu unterstützen. Die Stadt Oldenburg ist die dritte Kommune, mit der ein Modellvorhaben im Rahmen des Bleiberechtsprojekts vereinbart wurde. Oberbürgermeister Jürgen Krogmann erhofft sich viel von dem Modellprojekt: „Tausende geduldete Menschen leben seit vielen Jahren in Niedersachsen, in den vergangenen fünf Jahren bis zu 240 Personen in Oldenburg. Und obwohl sie längst Teil der Gesellschaft geworden sind, müssen sie dennoch in steter Ungewissheit und Sorge vor einer Abschiebung leben. Das ist eine enorme seelische Belastung für alle, die von so einer Situation betroffen sind. Das Modellprojekt soll herausarbeiten, wie die Bleiberechtsregelungen konkret in Oldenburg umgesetzt werden und inwieweit sich die vor Ort gefundenen Lösungen gegebenenfalls auch auf andere Kommunen in Niedersachsen übertragen lassen.“ In den vergangenen drei Jahren haben in der Stadt Oldenburg rund 100 Personen mit Duldungsstatus eine konkrete Bleibeperspektive erhalten.</p>	<p>Sind die Menschen bei uns angekommen sind sie häufig auf sich allein gestellt. Oberflächlich abgearbeitete Asyl- und Verwaltungsverfahren führen ohne Begleitung/Beratung in eine Sackgasse. Wenn der Aufenthaltsstatus über Jahre unsicher ist, belastet es nicht nur die geflüchteten Menschen, sondern auch die Menschen in Justiz und Verwaltung.</p>
4.	Kommunale Öffentlichkeitsarbeit, z.B. auch Unterstützung und Initiierung entsprechender kultureller Angebote und Informationsveranstaltungen	<p><u>Stadt Marburg</u> Offensive Thematisierung im Internetauftritt: https://www.marburg.de/portal/seiten/buendnis-staedte-sicherer-haefen-900002564-23001.html</p> <p><u>Stadt Potsdam</u> Ein sehr gutes Beispiel für offensive und kreative Öffentlichkeitsarbeit, die hilft zu zeigen, dass die Kommune</p>	

Nr.	Maßnahme	Beispiele anderer Sicherer Häfen	Anmerkungen der Seebrücke Braunschweig
		weltoffen ist und entschieden gegen rechte Engstirnigkeit steht: https://www.potsdam.de/kategorie/das-buendnis-staedte-sicherer-haefen	
5.	Errichtung eines Mahnmals für ...	<p><u>Bremer Kirchengemeinde in Arsten-Habenhausen 2018</u> ... die Namenlosen, die auf dem Fluchtweg umgekommen sind.</p> <p><u>Kirchengemeinde Cadenberge i. V m. BI „Cadenberge hilft“</u> ... für die auf der Flucht gestorbenen Menschen.</p>	<p>Gute Beispiele von Glaubensgemeinschaften sind auch für Kommunen geeignet.</p> <p>Es fehlt ein Ort, der als Mahnmal auf die fehlgeleitete deutsche und europäische Politik hinweist und an die durch diese Politik auf den Fluchtwegen umgekommenen Menschen erinnert.</p> <p>An einem solchen Ort sollten die universellen Menschenrechte und die internationalen Abkommen in geeigneter Weise dargestellt werden.</p>
6.	Illumination öffentlicher Gebäude und Plätze oder andere sichtbare Zeichen setzen – z.B. im Rahmen von entsprechenden Seebrücke Aktionstagen	Viele Kommunen sind dem Aufruf der Seebrücke „Grünes Licht für Aufnahme“ gefolgt und illuminieren öffentliche Gebäude. Zum Beispiel wurde in München im Dezember 2021 eine große Anzahl von Kirchen, Theatern und anderen Kultureinrichtungen grün beleuchtet. Damit wird ein Zeichen gesetzt und die Öffentlichkeit angeregt flüchtende Menschen in Not wahrzunehmen.	Braunschweig hat viele geeignete Gebäude und Plätze, die entsprechend illuminiert werden könnten.